

Sozialbündnis Hannover

c/o

Gerda Egbers,
Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA)
An der Christuskirche 15
30167 Hannover

0511 628211, Gerda.Egbers@evlka.de

Hannover, der 17.Oktober 2008

An alle Mitglieder der Regionsversammlung
- per Postverteiler

Stellungnahme des „Sozialbündnis Hannover“ zur Informationsdrucksache II 312/2008 des Fachbereichs Soziales der Region Hannover

Aspekte der Stellungnahme:

1. Auftrag der Regionsversammlung lt. mehrheitlichem Beschluss vom 18.12.2007 an die Verwaltung und deren Ausführung (II 275/2007)

- Die Regionsverwaltung hatte den Auftrag, ein Sozialticket im Jahr 2008 einzuführen und zum Juli 2008 resp. zum Fahrplanwechsel Dez. 2008 ein Konzept zu entwickeln. Dies ist nicht geschehen.
- Die Haushaltsrisiken sollten minimiert werden, weshalb eine Befragung über das Mobilitätsverhalten der Zielgruppe vorgeschaltet werden sollte, um belastbare Kalkulationsgrundlagen zu erhalten. Es hat keine Fahrgastbefragung (übliches Mittel der GVH) stattgefunden, sondern eine (kostenintensive) Studie wurde in Auftrag gegeben. Die Verwaltung hat keine der Prüfaufgaben selber durchgeführt, sondern ein Gutachten in Auftrag gegeben. Gab es eine Ausschreibung für diesen Auftrag? Oder ist ein der GVH/ÜSTRA nahe stehendes Unternehmen einfach beauftragt worden?
- Es sollte ein 2-jähriger Modellversuch gestartet werden. Warum ist dies nicht geschehen?
- Statt einer wissenschaftlichen Begleitung (Evaluation) des Modellversuchs ist im Vorfeld eine Studie in Auftrag gegeben worden. Diese Studie liefert keinesfalls empirisch ermittelte und damit belastbare Erkenntnisse, sondern zweifelhafte Hypothesen. Das Vorgehen war eigenmächtig gegen den Beschluss der Regionsversammlung. Die Beschlussdrucksache hat Evaluationsziele eindeutig vorformuliert (siehe Beschlussdrucksache II 475/2007) - vergl. auch Aspekte TOP 6.)
- Warum wurden zugängliche empirische Studien von vergleichbaren Kommunen nicht wenigstens zur Plausibilitätskontrolle hinzugezogen (z.B. aus Köln)?

2. Kritische Würdigung des Alleingangs des Regionspräsidenten in Bezug auf die Informationspolitik innerhalb der demokratischen Gremien und die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Regionsverwaltung

- Seit 21. Mai 2008 war die Präsentation der Studie von e-mares bereits erstellt. Am 12. Sept. 2008, also erst vier Tage vor der Sitzung des zuständigen Regionsausschusses, wurde die Informationsdrucksache 312/2008 zugänglich. Weder die Mitglieder des Ausschusses noch die interessierte Öffentlichkeit hatten ausreichend Gelegenheit, sich auf die Sitzung vorzubereiten. Die Studie

wurde erst nach der Ausschusssitzung via Internet publiziert. Aus welchem Grund? Die Würdigung der methodischen Mängel der Studie konnten so weder von uns Laien geschweige denn von Sozialwissenschaftlern sachdienlich erfolgen. Inzwischen haben wir dies nachgeholt.

- Vor der Information des Sozialausschusses hatte der Regionspräsident schon die örtliche Presse mit einer eigenen, politischen Einschätzung (Meinung) vorinformiert. Damit hat er der politischen Würdigung durch den Ausschuss und der Regionsversammlung vorgegriffen. Aus welchem Grund? Er hatte doch bereits die Vorlage des Regionshaushalts verschoben. Es gab also keinen Zeitdruck, oder? Eine politische Besprechung in demokratisch legitimierten Gremien hätte abgewartet werden müssen. Welche Absicht verfolgt der Regionspräsident? Wir fordern eine Stellungnahme!
- Der Verdacht drängt sich auf, dass hier eine politische Intention beim Auftraggeber der Studie vorliegt, nämlich den Auftrag der politisch Verantwortlichen zu unterlaufen und die eigene politische Meinung durchzusetzen. Aus seiner Meinung hat der Regionspräsident keinen Hehl gemacht, er hat öffentlich grundsätzliche Bedenken zur Machbarkeit eines Sozialtarifs spätestens seit 2007 geäußert. Ist die Verwaltungsspitze nicht mehr an politische Beschlüsse gebunden? Zumindest lässt sich feststellen, dass die Ausführungen keineswegs dem Auftrag der Regionsversammlung¹ an die Verwaltung entsprechen. Der Regionspräsident und die Verwaltung haben auch nicht alle zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt, den Auftrag der Regionsversammlung auszuführen.

3. Kritische Würdigung der Empfehlung der Verwaltung lt. Informationsdrucksache

- Mit der so genannten Empfehlung greift unserer Meinung nach die Verwaltung einer Entscheidung der Regionsversammlung über die noch zu beratende Haushaltsstelle „Sozialticket“ vor. Sie begründet dies mit dem Ziel, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Mit diesem Argument könnte der Regionspräsident bzw. die Verwaltung jede (unliebsame) andere Kostenstelle des Haushaltsentwurfes (den wir ja noch nicht kennen) in Frage stellen bzw. vom Verfahren her einfach nicht auftauchen lassen, oder? Der Auftrag der Regionsversammlung hieß aber, 2008 das Sozialticket einzuführen und ein Machbarkeitskonzept vorzulegen. Wer regiert eigentlich die Region? Die Verwaltung oder die gewählten Abgeordneten der Regionsversammlung?
- Wieso wurde nicht schon im Haushalt oder im Haushaltsnachtrag 2008 ein Betrag für das Sozialticket eingestellt? Nebenfrage: Aus welchem Etatansatz wurde die Studie bezahlt?
- Das unterstellte Ticket wäre mit 20 Euro teurer, als der in den Regelsätzen vorgesehene Betrag für Mobilität. Ein Ergebnis der Studie ist trotzdem, dass ca. 80% der Menschen der Zielgruppe ein Sozialticket nutzen würden. Auch wenn diese Zahl nicht nachgewiesen ist, spiegelt sie ein Interesse zur Teilhabe am ÖPNV wider und gibt eine Richtung an, die sich mit unserer Einschätzung deckt. Warum wurde dies in der Zusammenfassung und der Empfehlung nicht

¹ Auszug aus der Beschlusssdrucksache der Region Hannover II 47572007 vom 18.12.2007
„...Der Sozialtarif soll zunächst als Modellversuch für zwei Jahre eingeführt werden. Dieses Projekt ist wissenschaftlich zu begleiten und nach einem Jahr so zu evaluieren, dass auf gesicherten Erkenntnissen über eine Fortführung des Projektes und seine endgültige Ausgestaltung entschieden werden kann...“

gewürdigt? Wird hier das Interesse von ca. 119.000 Bürgern der Region einfach übergangen?

4. Würdigung der Methode und der Ergebnisse der e-mares Marktstudie und die Fragen an die Zusammenfassung sowie an die Belastbarkeit der Schlüsse

- Angemerkt sei, dass weder die von uns Befragten der Zielgruppe und Mitglieder der Arbeitsloseninitiativen, noch die Personen, die Arbeitslose beraten oder institutionell mit ihnen zu tun haben, sich vorstellen können, dass 32 % der Zielgruppe im Besitz von selbstfinanzierten Monatskarten sind, bzw. Dauerkunden im Sinne der Studie sind. Eine Monatskarte im Wert von mindestens 57,- Euro ist in den Regelsätzen nicht vorgesehen und nach unserer Erfahrung von den Leistungsempfängern auch nicht finanzierbar.
- Wir bezweifeln die Belastbarkeit der Ergebnisse und die Repräsentativität der Studie: Nicht alle Fragen wurden allen Interviewten gestellt. Viele waren nicht bereit zu antworten. Etliche Personen mit Migrationshintergrund und Sprachproblemen haben die Fragen nicht verstanden. Der Auftraggeber der Studie wurde vor dem Interview nicht immer genannt, so dass die Interviewten den Eindruck bekommen konnten, Angestellte der Jobcenter befragten sie. Das führt zu Vorbehalten und ggf. zu Misstrauen und erhöht die Wahrscheinlichkeit von unwahren Antworten. Zudem ist die Befragung von Menschen, die in einer Gruppe stehen, in der jeder die Antwort des anderen hören kann, für dieses sensible Thema nicht die richtige Methode.
- Die Zielgruppe des Rechtsbereiches SGB XII wurde nicht gemäß der geographischen Gewichtung (lt. Studienprämisse) befragt. Zudem sind Garbsen und Laatzen signifikant unterrepräsentiert.
- Mit hoher Wahrscheinlichkeit führt die Befragung in den Jobcentern und Sozialämtern zu Ergebnisverzerrungen. Durch die gewählte Methode einer Auswahl der Zielgruppe können die Ergebnisse nicht mehr repräsentativ sein - nur die mobilen Personen und davon lediglich die, die zu einer ‚Dienststelle‘ gehen, wurden befragt. Auf S. 6 der Präsentation von e-mares wird ausdrücklich eingeräumt, dass diese Effekte vom Auftraggeber in Kauf genommen wurden. Diese Angaben ehren e-mares (methodische Zuverlässigkeit) und disqualifizieren die Ergebnisse. Wir widersprechen ausdrücklich der Aussage, dass es keine zuverlässigeren Erhebungsalternativen gegeben hätte: schriftliche Befragung, qualifizierte Fahrgastbefragung im ÖPNV o.a.
- Es wurde nicht gefragt, ob die Interviewten TeilnehmerInnen einer Maßnahme sind, deren Tickets und Monatscards vom Jobcenter bezahlt werden. Das hat die Statistik erheblich verfälscht.
- Warum wurden die interviewten Personen nicht gefragt, ob sie übertragbare Cards anderer Besitzer nutzen? Und ob die Besitzer der Cards, sofern es nicht die Befragten selber wären, ebenfalls zur Zielgruppe gehören. Dies würde betriebswirtschaftlich zu einer geringeren Ausfallrechnung bei GVH/ÜSTRA führen müssen.
- Warum wurde nicht gefragt, ob in den Bedarfsgemeinschaften der Interviewten überhaupt übertragbare Cards benutzt würden? Dann müsste e-mares doch die hochgerechneten Einnahmen durch jetzige Card-Inhaber reduzieren, oder?

Abschließende Würdigung: Eine mobile Auswahl der Zielgruppe an Jobcentern und Sozialämtern zu befragen, musste zu falschen resp. verzerrenden Ergebnissen führen. Mangelnde Präzision bei der Erarbeitung der Fragen hat zu einer Verzerrung in die gleiche

Ergebnisrichtung geführt - nämlich einen hohen Einnahmeverlust bei der GVH hochrechnen zu können. Es ist völlig unglaublich und wäre ein politischer Skandal, wenn die sozial Schwächsten der kommunalen Gesellschaft über 20% des Umsatzes resp. über 40 Mio. € aus den Regelsätzen bezahlen würden. Diese vermeintlichen belastbaren Zahlen widersprechen allen empirischen Erhebungen in vergleichbaren Kommunen.

5. Unsere Anregungen und Fragen zur haushalterischen Machbarkeit der Einführung eines Sozialtickets/ -tarifes, besonders im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe

- Eine Beteiligung der Arbeitsagenturen resp. Jobcenter zuständigen Ämter für Grundsicherung ist zu prüfen, zumal aus deren Etats bereits erhebliche Mittel für die Mobilität der gleichen Zielgruppe etatisiert sind.
- Bedürftigkeitskriterien sind auch bei Schüler- und Senioren-Cards anzulegen - kein Gießkannenprinzip! Auf diese Weise könnten Zuschüsse oder kalkulatorische Mischpreise passgenauer für Bedürftige eingesetzt werden.
- Wie viel Monatskarten müssten aus der Zielgruppe gekauft werden, um wie z.B. bei Jobtickets oder Events Rabatte von der GVH zu bekommen.
- Wird eigentlich bei den Jobtickets die Preisdifferenz von den Betrieben zu 100% ausgeglichen, oder entsteht durch Mischkalkulation ‚einfach‘ ein quasi Mengenrabatt? Welche Rabatte gibt es für Betriebe, warum nicht für die Kommune, wenn sie Sozialtickets einrichtet? Welche Anteile tragen eigentlich die Kommunen für die Mindereinnahmen bei Jobtickets?
- Wie errechnet sich der Preis eines Studententickets? Auch hier müsste doch für den Verkehrsbereich der Region irgendein Betrag an die GVH fließen? Wie hoch ist der pro Monat und Studierenden? Ist auch für die Zielgruppe des Sozialtickets ein solcher Preis zu erwirken? Wer zahlt eigentlich die Differenz zum Normalpreis bei Studierenden?

6. Ergebnisse der empirischen Studie aus Köln - Aspekte der Vergleichbarkeit für die Region Hannover (politischer Wille und betriebswirtschaftliche Daten)

Eckpunkte zum Kölner Sozialticket

Eingeführt wurde das Sozialticket zum 1.1.2007 in 2 Versionen: rabattierte Vierertickets (4,40€ statt 7,80€; 2008: 4,50€ statt 8,10€) und rabattierte Monatstickets (25,-€ statt 59,30€ /2008: 28,-€ statt 62,60€). Berechtigten waren Ende 2007 knapp 150.000 KölnerInnen (in Hannover 119.000).

Inanspruchnahme: Im Jahr 2007 wurden knapp 126.000 rabattierte Monatstickets und 133.000 Vierer-Tickets verkauft, das sind auf den Monat gerechnet durchschnittlich 10.500 bzw. 11.000 (Angaben nach dem Erfahrungsbericht zum Köln-Pass 2007). Nach einem Bericht im Wochenkurier Dortmund (Juli 2008) sind die Zahlen mittlerweile auf jeweils rd. 15.000 im Monat angestiegen.

Ausgleichszahlungen: Im ersten Jahr (2007) hat die Stadt Köln als Ausgleich für den Unterschied zwischen Verbundtarif und Endkundenpreis (rechnerischer Unterschiedsbetrag) eine Summe von knapp 4,8 Mio. € an die Kölner Verkehrsbetriebe überwiesen. Für das Jahr 2008 rechnet die Stadt Köln jetzt nur noch mit einem Ausgleichsbetrag von rd. 2,8 Mio. €. Angegebene Gründe:

- bessere Auslastung/Neukunden,
- deutlich weniger Schwarzfahrer,
- Einbettung des Sozialtickets in das reguläre Tarifangebot des VRS (Übernahme wurde am 14.3.08 vom VRS beschlossen).

Reale Mindereinnahmen: Nach der von der KVB in Auftrag gegebenen begleitenden Marktstudie beträgt der reale Einnahmenverlust der Verkehrsbetriebe jedoch erheblich weniger als die geleisteten Ausgleichszahlungen.

Für 2007 ergibt sich ein rechnerischer Einnahmenverlust von 1,17 Mio. €, und für dieses Jahr (2008) - auf der Basis der neuen Preise - von rund 0,91 Mio. €.

Hierzu heißt es erläuternd in der VRS-Drucksache zu den Gründen:

- es finden Abwanderungen aus dem Regeltarif statt (vorwiegend aus den Einzel-, 4er-, Formel9- und MonatsTickets),
- zusätzlich wird durch die Tarifabsenkung Neu- und Mehrverkehr induziert,
- bisherige Schwarzfahrer kaufen nun (häufiger) ein Ticket.

Zitat aus der Drucksache: *"In Köln hat erst die Marktforschung die sichere Erkenntnis gebracht: Rabattierte Tickets führen zu deutlich geringeren Verlusten als bisher angenommen."* (S. 11)

"Bei deutlich reduzierten Ticketpreisen werden von den KölnPass-Inhabern erheblich mehr ÖPNV-Fahrten durchgeführt. Die Bereitschaft, Tickets zu erwerben ist gestiegen. ÖPNV-Fahrten, die in der Vergangenheit von einem Teil der KölnPass-Inhabern ohne gültiges Ticket durchgeführt wurden, erfolgen jetzt zu 'regulären Bedingungen'. Aufgrund dessen war der vorab kalkulierte städtische Erstattungsbetrag zu hoch bemessen; es reichen niedrigere Erstattungsbeträge aus." (S. 17)

Seit April 2008 ist das Köln-Ticket Teil des regulären VRS-Tarifangebots.

Die durch Beschluss der VRS-Verbandsversammlung am 14.3.2008 erfolgte Aufnahme des Kölner Sozialtickets in das reguläre VRS-Tarifsortiment wird zu einer erheblichen Minderung der erforderlichen Ausgleichszahlungen der Stadt Köln führen in Höhe von ca. 2-3 Mio. Euro. Deshalb wurde ein verringerter Betrag von 2,8 Mio. Euro für das laufende Geschäftsjahr vereinbart. Für den Rest tritt offenbar der Verbund ein.

Gleichwohl beträgt auch letztgenannte Zahl noch das Dreifache dessen, was im Rahmen der Studie an realen Mindereinnahmen von KVB bzw. VRS für 2008 prognostiziert wurde (vgl. oben).

Die Ratsfraktion der Kölner SPD kommentierte den VRS-Entschluss übrigens u.a. so:

„Die von der CDU geäußerte Befürchtung, dass Tarifabsenkungen für einkommensschwächere Zielgruppen automatisch Mindererlöse beim VRS nach sich ziehen würden, konnte durch eine Marktforschungsstudie entkräftet werden. Dem Umsatzminus durch Abwanderungen aus dem Regeltarif steht ein Umsatzplus durch Neu- und Mehrverkehr sowie verringertes 'Schwarzfahren' gegenüber.“ (aus: Pressemitteilung v. 18.3.08)

7. Anregungen für Ziel- und Frageaspekte des vom Ausschuss für Soziales der Region Hannover beschlossenen Hearings.

- Ist von der Verwaltung ernsthaft geprüft, warum der so genannte Hannover-Pass von den Berechtigten nicht angenommen wird? Sind Alternativen angedacht ?
- Warum sind z.B. zu 50% rabattierte Mehrfach- oder Tagestickets nicht als alternative Angebote in Modellberechnungen einbezogen worden. Könnten diese nicht bei gleichzeitigem Verzicht auf die Monatsgebühr (derzeitiger Hannover-Pass als Wertmarke 5,60 €) die Akzeptanz des Hannover-Pass enorm steigern?
- Warum können für die Verwaltung und die Berechtigten nicht einfache und preiswerte Methoden zur Beantragung bzw. Schutz gegen Missbrauch gefunden werden, z.B. die personalisierte Koppelung an vorhandene Lichtbildausweise wie z.B. die Personalausweis-Nummer? (Siehe Antragsformular Stadtkreis Unna)
- Weshalb wird nicht die Einführung des Sozialtickets zu 15,- € für den Modellversuch beschlossen. Dies würde dem finanziellen Leistungsvermögen der Zielgruppe gemäß den Ansetzungen in deren Regelsatz entsprechen?
- Sollte nicht ein verantwortlicher Sachverständiger (Sozialwissenschaftler oder Betriebswirtschaftler) aus dem Team der empirischen Studie von Köln zum

Hearing eingeladen werden? Schließlich sind hier - anders als bei der hannöverschen e-mares-Studie - tatsächliche, belastbare empirische Daten erhoben worden. Eine neutrale Berichterstattung wäre doch wünschenswert und für die Meinungsbildung der Mitglieder des Sozialausschusses und der Regionsversammlung zweckdienlicher anstelle weiterer politischer Meinungsdarlegungen im Hearing?

- Das Sozialbündnis Hannover hat durch seine über 2-jährige engagierte Teilnahme am bundesweit geführten Diskurs zu Sozialtarifen einen für die Diskussion in Hannover erheblichen Erfahrungsschatz und Fundus an Sachkenntnis. Sollte nicht ein Vertreter des Sozialbündnis Hannover als Gesprächspartner zu dem Hearing des Ausschusses offiziell eingeladen werden?

Vorschlag und Aufforderung zur sofortigen Umsetzung des Beschlusses der Regionsversammlung vom 18.12.2007 zur Einführung eines Sozialtarifs als Modellversuch mit einer wissenschaftlicher Begleitung

Wir fordern die Region auf, das Sozialticket entsprechend dem Beschluss vom 18.12.2007 spätestens zum 1. Januar 2009 als Modellversuch einzuführen. Dafür ist ein vertretbarer Deckelbetrag von 2,5 Mio Euro in den Haushalt einzustellen. Ein Controlling soll sowohl überhöhte Ausgleichsbegehrllichkeiten der ÖPNV-Dienstleister (vergl. Köln) als auch eine Überforderung des Haushalts /vergl. Dortmund) verhindern helfen.

Dazu dient sicher auch die beschlossene wissenschaftliche Begleitung des Pilotprojektes.

Sollten die 2,5 Mio Euro vor Ablauf des Modellversuchs verbraucht sein, so würde die Pilotphase vorzeitig enden, die Auswertung würde stattfinden und die Region müsste über eine Fortführung erneut beraten und beschließen.

Redaktion bzw. Erstunterzeichner dieser Stellungnahme des Sozialbündnis Hannover:

Joachim Peiler,
Steffen Holz,
Erwin Stefaniuk, Dolf Mielenhausen,
Harry von Känel,
Heinz-Dieter Grube,
Gerda Egbers,

Sozialbündnis Hannover
DGB Bezirk Niedersachsen-Mitte
ver.di Erwerbslose
Arbeitskreis Arbeitslose Linden
Redaktion @Iptraum
Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt